

Gemeinsame Erklärung

IG Metall Göppingen-Geislingen und Südwestmetall Bezirksgruppe Neckar-Fils

Respekt! Kein Platz für Rassismus im Landkreis Göppingen

Die Aktivitäten von rechtsextremen Gruppierungen im Raum Göppingen haben in den vergangenen Jahren spürbar zugenommen.

Die anwachsende Gruppe konnte mit dem Neonaziaufmarsch in Göppingen am 6. Oktober 2012 mit knapp 160 Teilnehmern, die laut baden-württembergischem Verfassungsschutzbericht zweitgrößte rechtsextreme Demonstration landesweit inszenieren.

Für den 12.10.2013 haben Neonazis zum wiederholten Male eine Demonstration im Göppinger Stadtgebiet angemeldet, diesmal zum Thema „Unser Volk eine Zukunft, Schluss mit der Ausbeutung und moderner Sklaverei!“

Die Tarifvertragsparteien der Metall- und Elektroindustrie im Landkreis Göppingen, Südwestmetall und IG Metall sehen diese Entwicklung mit Besorgnis und stellen fest:

Der Wirtschaftsstandort Göppingen ist entstanden aus der Tradition und den Werten von Familienunternehmen. Unser internationaler wirtschaftlicher Erfolg basiert auf unserer großen Neugierde und Offenheit sowie der internationalen Zusammenarbeit. Mit unseren Produkten und Dienstleistungen geben wir Antworten auf globale Herausforderungen.

Als Heimat von Menschen aus aller Welt ist der Landkreis Göppingen auch ein international vernetzter Standort und einladender Treffpunkt kreativer Köpfe. Wir zeichnen uns durch interkulturelle Toleranz und offenes Denken aus. Wir sehen in der Vielfalt an kulturellen Einflüssen eine Bereicherung – Fachkräfte und Wissenschaftler aus dem In- und Ausland heißen wir mit ihren Familien willkommen. Unsere Unternehmen sind gerade deshalb auf den Weltmärkten so erfolgreich.

Mit Wertschätzung und Respekt integrieren wir jetzt und in Zukunft Menschen unterschiedlicher Herkunft und Fähigkeiten. Unsere Weltoffenheit, Veränderungsbereitschaft und Kreativität sind die Basis für eine chancenreiche Zukunft.

Die Tarifvertragsparteien der Metall- und Elektroindustrie im Landkreis Göppingen, Südwestmetall und IG Metall unterstützen deshalb die Förderung des demokratischen Staatswesens durch Stärkung einer demokratischen Zivilgesellschaft, die sich konsequent gegen Rechtsextremismus und für ein vielfältiges, tolerantes und respektvolles Miteinander einsetzt.